

Politischer Jahresbericht

Länderbüro Indien, 2006/2007



New Delhi

Länderbüro Indien, Juli 2006-Juli 2007

Dr. Michael Köberlein

Heinrich-Böll-Stiftung
Dr. Michael Köberlein
C-20, Qutub Institutional Area (1st Floor)
New Delhi - 110 016
India
Fon: +91-11-26 85 44 05
Fax: +91 11 26962840
E-Mail: michael@hbfasia.org
Webseite: <http://www.boell-india.org/>

Inhalt

| | |
|--|----|
| Zusammenfassung | 2 |
| 1. Innenpolitik | |
| 1.1 Landtagswahlen und Präsidentenwahl..... | 3 |
| 1.2 Gender- und Frauenpolitik..... | 3 |
| 1.3 Kommunalismus und Terrorismus.... | 4 |
| 1.4. Energie- und Klimapolitik..... | 5 |
| 2. Außen- und Sicherheitspolitik. | |
| 2.1 Indien und seine Nachbarn..... | 6 |
| 2.2 Die Beziehungen zu China | 6 |
| 2.3 Die neuen Beziehungen zu den USA..... | 7 |
| 2.4 Der Indo-US Nuclear Deal und seine Auswirkungen..... | 8 |
| 3. Wirtschaftspolitik | |
| 3.1 Andauernder Wirtschaftsboom..... | 8 |
| 3.2 Globales wirtschaftliches Engagement..... | 9 |
| 4. Ausblick | 10 |

Zusammenfassung

Die politische Landschaft Indiens wurde im letzten Jahr vor allem durch drei bedeutenden Entwicklungen beeinflusst. Außenpolitisch versucht sich die Regierung um Manmohan Singh stärker an die USA anzubinden und strebt eine strategische Partnerschaft zwischen den beiden Ländern an. Dies spiegelte sich in der Unterzeichnung eines Nuklearabkommens im Juli 2007 wieder. Außerdem wurde ein Verteidigungsabkommen im letzten Jahr beschlossen, sowie zahlreiche Handelsvereinbarungen vor allem über die Lieferung von militärischer Ausrüstung durch die USA nach Indien.

Gleichzeitig hat sich das Verhältnis zu China seit dem Besuch des chinesischen Präsidenten Hu Jintao im November letzten Jahres erheblich verbessert und beide Länder versuchen trotz fortdauernder Grenzstreitigkeiten und sicherheitspolitischer Diskrepanzen wirtschafts- und handelspolitisch zu kooperieren, ebenfalls mit dem langfristigen Ziel einer strategischen Partnerschaft.

Innenpolitisch war Indien immer wieder mit kommunalistischer und ethnisch motivierten Gewalt konfrontiert. Außerdem brach die – latent immer vorhandene Terrorismusgefahr – in Form von Bombenanschlägen auf die Vorortzüge in Mumbai im Juli 2006 und auf den Friedenszug zwischen Delhi und Lahore im Februar diesen Jahres aus. Zudem wird das Land durch den wachsenden Regionalismus, Aufruhr durch naxalitische und maoistische Gruppen sowie die stetig wachsende Diskrepanz zwischen urbanem Wirtschaftsboom und ländlicher Verelendung in seiner inneren Sicherheit bedroht.

Wirtschaftspolitisch hat sich das Land im letzten Jahr weiter durch ein stabiles Wachstum, verstärktes globales wirtschaftspolitisches Engagement und die Expansion indischer Unternehmen nach Europa und in andere Überseeziele ausgezeichnet. Allerdings ist es der Regierung nicht gelungen ihre Wahlversprechen einzulösen, den Agrarsektor zu reformieren und die Lebenssituation von Millionen von Armen im ländlichen Raum zu verbessern. Dies stellt eine enorme politische Herausforderung für die United Peoples Alliance (UPA) - Regierung dar.

Indische Politikbeobachter bezeichnen in optimistischen Einschätzungen das letzte Jahr als „Annus Mirabilis“ und charakterisierten 2006 als das bedeutendste und beste Jahr Indiens seit der Unabhängigkeit. Allerdings war das politische Jahr 2006 in Indien durch scharfe Entwicklungsgegensätze bzw. politische Kontroversen gekennzeichnet und wies nicht nur Erfolge auf. Einerseits zeigte sich die gegenwärtige UPA-Regierung als äußerst stabil, andererseits erschütterten verschiedene interne Auseinandersetzungen und unrühmliche Ereignisse das politische Indien. Die Wirtschaft ist mit unglaublicher Dynamik auf hohem Niveau weiter gewachsen, doch die Zahl der Farmer, die aus wirtschaftlichen Gründen Selbstmord begangen hat, ist dramatisch angestiegen. Die Diskrepanz zwischen Arm und Reich wird immer alarmierender und politisch akuter.

Der gegenwärtigen UPA-Regierung gelang es trotz zahlreicher Dispute zwischen den Koalitionspartnern und Stimmenverlusten bei den letzten Landtagswahlen in Uttar Pradesh oder dem Punjab dennoch, ihre Macht zu stabilisieren. Die Opposition (BJP) dagegen leidet momentan am Mangel neuer Führungspersonlichkeiten in der Partei. Außerdem haben ihr die schlechten Wahlkampfauftritte im letzten Jahr geschadet. Die Ermordung ihres Geschäftsführers, Pramod Mahajan, erschüttert die BJP schwer. Sie fand zu keiner Strategie, um eine konsequente und konstruktive Oppositionspolitik zu betreiben.

Außenpolitisch gewann Indien im letzten Jahr weiter an Renommee und Status. Die zahlreichen Besuche bedeutender Staatschefs in New Delhi (Bush, Chirac, Hu Jintao, Putin) weisen auf das global gewachsene Interesse an Indien hin. Die Integration Indiens durch verschiedene internationale Abkommen in die Weltwirtschaft und Weltpolitik bezeugen zudem den unaufhaltsamen Aufstieg Indiens von einer regionalen Hegemonialmacht zu einer überregionalen Großmacht mit globalem Einfluss.

1. Innenpolitik

1.1 Landtagswahlen und Präsidentenwahl

Im ersten Halbjahr 2007 fanden in Indien bereits in fünf Bundesstaaten (Uttar Pradesh, Goa, Uttarkand, Punjab, Manipur) Wahlen zum State Assembly (Landtag) statt. Auffallend waren die durchgehend hohen Stimmenverluste der beiden großen Volksparteien, der hindu-nationalistischen Indischen Volkspartei (Bharatiya Janata Party, (BJP), vor allem in Uttar Pradesh, wie aber auch der Kongresspartei, vor allem im Punjab, sowie die erheblichen Gewinne der Regionalparteien wie der Akali Dal im Punjab oder der Bahujan Samaj Party BSP in Uttar Pradesh.

Von großer Bedeutung für Indiens politische Landschaft sind die Wahlen im bevölkerungsreichsten Bundesstaat Uttar Pradesh. Bei den diesjährigen Landtagswahlen (State Assembly) im Mai konnte die BSP, die als Interessenvertretung der Dalits, der untersten Kasten, 1984 gegründet wurde, erstmals die absolute Mehrheit erringen. Dies wird von Politikwissenschaftlern und Medien gleichsam als eine politische Sensation bzw. als Sieg der Demokratie bezeichnet. Das Besondere daran ist, dass diese absolute Mehrheit einer Dalitpartei mit einer weiblichen Spitzenkandidatin in dem Unionsstaat des Subkontinents gelang, der besonders berüchtigt für seine strenge Kastenhierarchie und anarchischen Gesellschaftsstruktur ist. Die charismatische Ministerpräsidentin Mayawati, die zuvor bereits dreimal im Amt gewesen ist und als erste Dalit-Frau überhaupt an der Spitze eines Bundesstaates stand, kann somit alleine ohne Koalitionspartner regieren. Das Hauptanliegen der Partei ist es, das „soziale Gewissen“ des Landes zu sein und für soziale Gerechtigkeit und mehr Rechte für die Armen und Unterdrückten einzustehen. Mayawati, die keinen Hehl aus ihren Ambitionen macht, im kommenden Jahr Premierministerin zu werden, muss allerdings erst einmal selbst beweisen, dass sie die strategischen und politischen Fähigkeiten besitzt, eine sozioökonomische Transformation in ihrem Bundesstaat herbeizuführen.

Auf nationaler Ebene spielte die BSP bislang kaum eine Rolle. Aufgrund des überragenden diesjährigen Wahlerfolgs steht aber zu erwarten, dass die BSP bei der nächsten Premierministerwahl das Zünglein an der Waage spielen wird, da die Partei auch zunehmend Wähler aus dem anderen Kasten- und Gesellschaftsspektrum anzieht. Daher hat das Buhlen um die Unterstützung von Mayawati auf Zentralebene, wie die Wahlen zum Präsidentenamt zeigten, schon begonnen.

Am 24. Juli 2007 lief die Amtszeit des indischen Präsidenten A.P.J. Abdul Kalam ab. Er stellte sich nicht erneut zur Wahl. Pratibha Patil, Kongressmitglied und Gouverneurin in Rajasthan, wurde im April überraschend von der Regierungskoalition als Kandidatin nominiert, nachdem sich die linken Parteien in der UPA-Regierung gegen den von Sonia Gandhi favorisierten Innenminister Shivraj Patil ausgesprochen hatten. Pratibha Patil, die als erfahrene Politikerin gilt, aber der breiten Öffentlichkeit in Indien kaum bekannt ist, wurde am 25. Juli 2007 als erste Frau in das Präsidentenamt gewählt. Als Gegenspieler von Pratibha Patil trat der vorherige Vizepräsident In-

diens, Bhairon Singh Shekhawat, an. Er bewarb sich als unabhängiger Kandidat, wurde aber von der BJP, der er lange angehörte, sowie von anderen Parteien des rechten Spektrums unterstützt.

Die „Times of India“ analysierte vor der Wahl in einem Leitartikel die Gründe und Möglichkeiten dieser Nominierung durch die Kongresspartei. Sie sieht die Wahl Patils als einen erzwungenen Kompromiss, da sie die am „wenigsten inakzeptable“ Kandidatin in der komplizierten Parteienlandschaft Indiens gewesen sei. Die UPA-Regierung habe vor allem auf ihr Geschlecht und die Loyalität zur Kongresspartei setzt. Da es in Indien noch nie eine weibliche Präsidentin gab, außerdem Details aus ihrer politischen und privaten Vergangenheit bekannt wurden kam es zu einer kontroversen Debatte in den letzten Tagen vor der Wahl. Prathiba Patil war mit Äußerungen zur Verschleierung indischer Frauen und anderen religiös konnotierten Themen vor der Wahl eher negativ aufgefallen. Unter anderem wurde aber auch bekannt, dass zurzeit ein Verfahren gegen Patil am Bombay High Court läuft, weil es in der von Patil gegründeten Pratibha Mahila Sahakari Bank zu finanziellen Unregelmäßigkeiten gekommen sein soll. Tausende von Frauen, die ihre Ersparnisse bei dieser Bank angelegt hatten, würden ihr Geld nicht zurückerhalten. Außerdem habe das Geldinstitut Kredite an Patils Brüder und andere Verwandte vergeben, obwohl die Bank ausschließlich für Frauen gegründet wurde.

Diese Umstände hatten dafür gesorgt, dass sich die diesjährige Präsidentenwahl zu einem parteipolitischen Machtkampf entwickelte, in dem sich jede Partei politisch profilieren und ein erstes Ausrufezeichen für die nächsten Premierministerwahlen, die Anfang 2009 stattfinden werden, setzen wollte. Neben einer intensiven, teils schmutzigen Web-Kampagne der Opposition (BJP) gegen Pratibha Patil und die Kongresspartei gab es auch weitere gezielt gesteuerte Störmanöver aus den Medien und von islamischen Verbänden, die aber nichts an der Tatsache änderten, dass Indien jetzt in den nächsten fünf Jahren eine weibliches Staatsoberhaupt haben wird. In ihrer ersten Ansprache deutete Patil an, dass sie im Gegensatz zu Abdul Kalam, der als der Volkspräsident schlechthin galt, eine politische Präsidenschaft anstrebe und sich vor allem den Themen Bildung, Rechte der Frauen und dem sozial-ökonomischen Ausgleich (economic inclusion) zuwenden möchte.

1.2 Gender- und Frauenpolitik

Mit Pratibha Patil wurde im Juli 2007 erstmals eine Frau Präsidentin Indiens. Dies ist allerdings nicht darauf zurückzuführen, dass die indische Gesellschaft in ihrer Gendersensibilität oder Frauenpolitik in den letzten Jahren gereift wäre, sondern liegt einzig und alleine an der Zahlenstärke der UPA-Regierung und der Unterstützung ihrer Kandidatur durch einige Regionalparteien. Auch wenn mit Patil eine profilierte Aktivistin der indischen Frauenbewegung Staatsoberhaupt wird und Sonia Gandhi die Präsidentin der die Regierungskoalition anführenden indischen Kongresspartei ist, bedeutet dies noch lange nicht, dass Frauen jetzt eine wichtigere Rolle in der indischen Politik spielen. Eher das Gegenteil zeichnet derzeit die Politik aus. Während im Lok Sabha, dem Haus des Volkes lediglich 46 der 521 Mitglieder

Frauen sind, sind im Rajya Sabha, dem Haus der Staaten, nur 28 von 242 Sitzen an Frauen vergeben. Seit Jahren, vor allem aber seit Herbst letzten Jahres, wurde die Einführung eines Womens Reservation Bill inbrünstig im Parlament debattiert, durch die 33 % der Sitze für Frauen im Lok Sabha reserviert werden sollen. Intensive Lobbyarbeit der Männer innerhalb der Parteien sowie der unterschwellige Widerstand der Mehrheit der männlichen Parlamentsmitglieder gegen den Gesetzesvorschlag hat allerdings die Verabschiedung bislang stets verhindert. Auch der jüngste Vorstoß der BJP, der bedeutendsten Oppositionspartei, durch eine parteiinterne 33%-ige Frauenquote die politische Stellung der Frau aufzuwerten, konnte sich bislang nicht durchsetzen. Von den Medien wird er aufgrund der tatsächlichen Frauenpolitik der BJP auch als heuchlerisch gewertet.

Die Widersprüche der indischen Gesellschaft sind nirgendwo deutlicher als in Bezug auf die Frauenrechte und in der Genderpolitik. Auf dem Papier hat Indien eine der fortschrittlichsten Frauengesetzgebungen und die Gleichheit der Geschlechter wird schon seit der Unabhängigkeit durch die Verfassung von 1948 garantiert. Zudem gibt es eine Reihe von sehr progressiven Gesetzen, die Frauenrechte schützen. So wurde erst im Oktober 2006 mit dem Protection of Women from Domestic Violence Act ein Gesetz verabschiedet, das häusliche Gewalt unter Strafe verfolgt. Dennoch sind die Zahlen der Gewalttaten gegen Frauen auch nach der Verabschiedung des Gesetzes erschreckend hoch geblieben. Indien hat auch die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women, CEDAW) unterzeichnet und versucht neuerdings, seine Gesetzgebung entsprechend anzupassen, denn Verbrechen und Gewalt gegen Frauen sind weiterhin an der Tagesordnung. Offiziell wird etwa alle drei Minuten in Indien eine Straftat an einer Frau begangen. Die Zahl von Vergewaltigungen ist im vergangenen Jahr stark in die Höhe geschneilt.

Seit Jahren ist zudem die Tendenz zu beobachten, dass sich das statistische Geschlechterverhältnis aufgrund der gezielten Abtreibung weiblicher Föten, vor allem bei der urbanen Mittelschicht und in den nordwestlichen Bundesstaaten Indiens immer weiter verschiebt. Im Bundesstaat Haryana im Norden Indiens z.B. liegt das Verhältnis schon heute bei 927 Frauen zu 1000 Männern, mit steigender Tendenz zu Ungunsten des Frauenanteils.

Gleichzeitig gibt es seit Jahren eine einflussreiche und dynamische Frauenbewegung wie auch eine gut organisierte NGO-Landschaft, die sich oft erfolgreich für die verschiedenen Belange der Frauen und für Geschlechtergleichheit einsetzt. Vor allem in den vergangenen drei Jahrzehnten, die laut Urvashi Butalia, der Gründerin von Indiens erstem feministischen Verlagshaus, als die Jahre einer neuen Frauenbewegung gelten. Die indischen Frauen setzen sich vermehrt für ihre Bürger- und Menschenrechte sowie gegen Intoleranz, unzeitgemäßen Traditionen, die Passivität des Staates sowie gegen individuelle und kollektive Machtinteressen ein.

Seit kurzem dürfen Frauenbelange bzw. Genderaspekte in keinem Gesetz übergangen werden. In den Fünf-Jahres-Plänen der Regierung gibt es seit Jahren besondere Kapitel zu Frauenfragen und es gibt auch ein eigenes Frauen-Ministerium (Ministry of Women and Child Development) sowie Kommissionen auf zentral- und unions-

staatlicher Ebene, die sich um die Rechte und Bedürfnisse von Frauen kümmern. Die Planungskommission der Regierung wiederum hat jüngst im April 2007 ein eigenes Komitee von „Feminist Economists“ ins Leben gerufen, das eine geschlechtersensible Zuteilung der öffentlichen Mittel gewährleisten soll.

Doch all die politischen Errungenschaften werden erst dann in der Gesellschaft zu Veränderungen führen, wenn sich Männer wie Frauen der schwierigen Aufgabe annehmen, tradierte Denk- und Verhaltensweisen zu verändern, so dass die weibliche Hälfte der Bevölkerung nicht nur auf dem Papier Gleichberechtigung genießt, sondern sich diese im Alltag niederschlägt.

1.3 Kommunalismus und Terrorismus

Die indische Innenpolitik wurde im letzten Jahr neben den immer aktuellen sozial- und agrarpolitischen Debatten, auch von anderen Themen bestimmt. Wichtig waren z.B. die Frage der positiven Diskriminierung benachteiligter Kasten (Other Backward Caste) an Hochschulen. Außerdem bewegte das Land die nicht enden wollende Selbstmordwelle indischer Bauern. Sicherheitspolitische Probleme im Inneren und die teils angespannten Beziehungen zu den Nachbarstaaten waren dominant. Hier sei vor allem auf den grenzüberschreitenden Terrorismus und das Wachsen der in Indien immer latent vorhandenen kommunalistisch, religiös oder ethnisch motivierten Gewalt verwiesen.

Islamistische Terrorgruppen verübten im Frühjahr 2006 in Varanasi auf einen Tempel und im Juli auf die Vorortzüge Mumbais schwere Anschläge. Bei diesen wurden zahlreiche Zivilisten getötet und verletzt. In Varanasi starben 28 Menschen und über 100 wurden bei ihrem Besuch des Sankat Hanuman Tempels in der Benares Hindu University verletzt. Eine bisher unbekannte islamistische Gruppe aus Kaschmir, die sich Lashkar-e-Kahar nennt, bekannte sich zu diesem Terrorakt und nahm Bezug auf die Gräueltaten der indischen Armee im Kaschmirtal. In Mumbai waren durch die Bombenattentate auf Vorortzüge am Abend des 11.7.2006 über 200 Tote und mehr als 750 Verletzte zu beklagen. Als Täter wurden drei junge Männer, die dem Students Islamic Movement of India (SIMI) und der Terroristengruppe Lashkar-e-Toiba (LeT) nahe stehen, verhaftet.

Im Februar diesen Jahres setzten zwei Explosionen den Samjhauta-Express, den sogenannten Friedenszug - neben dem Thar Express die einzige von nur zwei Bahnverbindungen zwischen den verfeindeten Nachbarn Indien und Pakistan - in Brand. Insgesamt wurden 67, meist pakistanische Staatsangehörige, getötet, und mehr als 50 weitere Passagiere verletzt. Beide Länder verurteilten sofort in landesweiten Pressekonferenzen den Anschlag, der, so wird vermutet, die im Vorjahr wiederaufgenommen Friedensgespräche beider Länder einen Tag vor dem Besuch des pakistanischen Außenministers Khurshid Mahmud Kasuri in Delhi stören sollte. Die Täter, die wahrscheinlich vor der Explosion aus dem Zug gesprungen waren, wurden bislang nicht identifiziert und keine Organisation bekannte sich offiziell zu der grauenvollen Tat.

Kommunistische Gewalt, Terroranschläge, Kasten- bzw. ethnische Konflikte gehören mittlerweile zu den Dauerthemen der indischen Presse. Wie groß die Gefahr eines erneuten Ausbrechen von Gewalt zwischen Hindus und Muslimen als Ergebnis von unterschwelliger Propaganda, fortbestehenden Hassgefühlen wie auch gesellschaftlich nicht geheilter Wunden ist, lässt sich an der Fülle von Studien und

Artikeln im letzten Jahr zur kommunalistischen Gewalt in Indien ablesen. Das Wiedererstarken des religiösen Fundamentalismus und die ständig wiederaufflammende Gewalt ethnischer, politischer und religiöser Natur gefährdet nicht nur das Land im Bereich innere Sicherheit, sondern bedroht zunehmend den Frieden des ganzen Subkontinents, da sich die Verbindungen der involvierten Organisationen und Terrorgruppen in die ganze Region verfolgen lassen. Herausragende Beispiele hierfür sind die zuvor genannten Anschläge islamistischer Organisationen in Varanasi, Mumbai oder auf den Samjhauta Express, sowie die Attentate Ende letzten Jahres der ULFA im nordöstlichen Bundesstaat Assam, die nicht nur innenpolitisch relevant waren, sondern auch eine enorme außenpolitische Wirkung hatten.

Um dieser Vielzahl an Gewalttaten und Terror entgegenzuwirken, sind verschiedene Ansätze einer erfolgreichen Konfliktprävention auf lokaler, regionaler/nationaler wie internationaler/globaler Ebene notwendig. Zudem hängt der Erfolg dieser Ansätze neben den vom Staat gezielt eingesetzten sozialen und ökonomischen Maßnahmen sehr von einem systematisch geförderten zivilgesellschaftlichen Dialog über religiöse, ethnische und staatliche Grenzen hinaus sowie von neuen Erkenntnissen über Ursachen und Möglichkeiten der Konfliktschlichtung ab.

1.4 Energie- und Klimapolitik

Nach Einschätzung des im Februar dieses Jahres veröffentlichten vierten IPCC Reports wird Indien eines der Länder sein, die von den Folgen des Klimawandels am stärksten betroffen sein wird. Naturkatastrophen werden in Indien zukünftig vermehrt auftreten und immer mehr Opfer fordern. Überschwemmungen infolge von Tsunamis, extremer Monsunregen und Zyklonen, ebenso wie Dürren, Wassermangel und den damit einhergehenden Ernteausfällen in verschiedenen Regionen des Landes werden zukünftig laut IPCC Bericht zum Alltag des Subkontinents gehören.

Allerdings sieht sich die indische Regierung trotz der alarmierenden Klimaszenarien nicht in der Verantwortung für den globalen Klimaschutz. Auf dem G 8 Gipfel im Juni betonte Premierminister Singh im Gegenteil nachdrücklich, dass die Industrieländer die historische Verantwortung für den hohen Treibhausgas-Ausstoß tragen sollten. Deshalb forderte er die Industriestaaten auf, eine Vorreiterrolle bei der Verringerung der weltweiten Emissionen zu spielen sowie verstärkte finanzielle und technische Hilfe für die Entwicklungsländer zu leisten, damit diese einen saubereren Entwicklungsweg gehen und die Entwicklung für die vielen Millionen Armen vorantreiben könnten. Die indische Regierung akzeptierte auch bei internationalen Verhandlungen, wie z. B. beim Außenministertreffen im Mai in Hamburg oder beim G 8 Treffen in Heiligendamm keine bindenden Verpflichtungen für das Land zur Reduzierung der eigenen Treibhausgas-Emissionen. Armutsbekämpfung geht in Indien vor Klimapolitik.

Indien ist weltweit das Land mit dem fünftgrößten CO₂-Ausstoß, mit einem Anteil von 4,2 % des weltweit emittierten CO₂. Der Energieverbrauch wuchs im letzten Jahr lediglich um 3,7 Prozent. Der zukünftige Energiehunger des wirtschaftlich boomenden Landes ist allerdings immens. Die staatliche Planungsbehörde schätzt, dass die Steigerung der Elektrizitätsproduktion jährlich um 10 Prozent betra-

gen muss, um mit dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Indien Schritt halten zu können.

Gegenwärtig wird der Strom zu 65 Prozent in Kohlekraftwerken, zu 20 Prozent aus Wasserkraft, zu 10 Prozent in Gaskraftwerken erzeugt. Atomkraft (3 %) und die erneuerbaren Energien (etwa 3,5%) spielen bislang eher eine untergeordnete Rolle. Um den zukünftigen Energiebedarf Indiens stillen zu können, versucht der Staat zurzeit vor allem im Bereich Energieeffizienz Fortschritte zu machen und investiert ausgiebig in neue Kraftwerke. Vor allem die Erneuerung der teils maroden Kohlekraftwerke sowie der Ausbau der Atomkraft werden von der Regierung forciert.

Auch im Bereich erneuerbare Energien gab es in jüngster Vergangenheit riesige Investitionen und so besitzt Indien die fünftgrößte installierte Windkraftleistung der Welt. Großunternehmen wie Suzlon, das im Mai diesen Jahres das renommierte deutsche Windkraftunternehmen RePower für 1,3 Milliarden Euro übernommen hat, nutzen diesen Sektor mit den vielen Vergünstigungen und Subventionen durch den Staat als lukrativen Markt, dessen Potentiale noch lange nicht ausgeschöpft sind. Indien hat aufgrund der vielen Sonnentage, der bereits gut entwickelten Windkraftindustrie und der hervorragenden Möglichkeiten der Erzeugung von Windenergie entlang der Küste sowie durch die bereits gut etablierte traditionelle Energiegewinnung durch Biomasse ein beträchtliches Potential für erneuerbare Energien. Die gegenwärtig installierte Kapazität der erneuerbaren Energien beträgt laut Planungskommission 7.100 Megawatt, was bis 2012 auf 12.000 Megawatt, ca. sechs Prozent der Gesamtleistung, ausgebaut werden soll.

Bioenergie in Form von Biodiesel, soll laut dem Ministry of New and Renewable Energy, in Zukunft ebenfalls eine große Rolle im Energiemix Indiens spielen. Infolgedessen fördert die Regierung seit kurzem verstärkt die kommerzielle Kultivierung der *Jatropha curcas*, einem Wolfsmilchgewächs, auf den zahlreichen Brachflächen im Land. *Jatropha*, die aufgrund ihrer Genügsamkeit sogar in extrem trockenen Savannegebieten angebaut werden kann, produziert Samen, aus denen Bioöl mit einer Oktanzahl von ca. 60 gewonnen werden kann. Die macht dieses Bioöl zu einem der effektivsten der Welt. Das in Delhi ansässige The Energy and Resources Institute (TERI) hat seit Ende 2006 ein auf zehn Jahre angelegtes, von der indischen Regierung finanziertes Forschungsprojekt begonnen, um zu bestimmen, was notwendig ist, um aus der *Jatropha* eine gut funktionierende Biodieselquelle zu machen. Die indische Regierung plant bereits ein nationales Programm, um die *Jatropha*-Pflanze im ganzen Land zu einer wichtigen Treibstoffquelle zu machen und hat bereits ca. 400.000 Hektar Brachland mit relativ schlechten Böden in 22 Bundesstaaten bereitgestellt, auf denen die Pflanze nach erfolgreichen Einföhrung gute Erträge abwerfen sollten. Allerdings bahnen sich beim Ausbau der kommerziellen Erzeugung von Biotreibstoffe in verschiedenen Regionen Indiens bereits erste lokale Konflikte um die zukünftige Land- und Wassernutzung an, da es bisweilen keine staatlich verordneten Umweltverträglichkeitsprüfungen und Studien zu den sozialen Auswirkungen dieses Landnutzungswechsels gibt. Folglich wird es zukünftig vermehrt zu einem Wettlauf zwischen „Brot und Sprit“ beim Anbau landwirtschaftlicher Nutzpflanzen kommen wird geben.

2. Außen- und Sicherheitspolitik

2.1 Indien und seine Nachbarn

In Südasien wird Indien oft als regionale Hegemonialmacht bezeichnet. Die Beziehungen zu den Nachbarstaaten sind daher teilweise angespannt. Kleine Staaten wie Nepal oder Sri Lanka fühlen sich teilweise von Indiens wirtschaftlicher und politischer Dominanz erdrückt. Es ist schon immer schwierig gewesen, den Ausbau der regionalen Zusammenarbeit, z. B. durch die 1985 eigens dafür gegründete South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) voranzutreiben.

Dennoch lassen sich außen- und sicherheitspolitisch positive Entwicklungen in der Region verzeichnen. Vor allem in den indisch-pakistanischen Beziehungen ist ein Durchbruch im seit Jahrzehnten angespannten Verhältnis der beiden verfeindeten Nachbarländer erkennbar, auch wenn die Wunden der Vergangenheit und die stetigen Übergriffe und Anschläge pakistanischer Terrorgruppen das Verhältnis beider Länder weiter belasten.

Den verschiedenen Anschlägen islamistischer Terrorgruppen und vor allem dem innenpolitischen Widerstand zum Trotz versucht Premierminister Manmohan Singh den eingeleiteten Friedensprozess mit Pakistan fortzusetzen.

Beim so genannten Non-Alignment Summit in Havanna, Kuba, im September letzten Jahres, verkündeten Premierminister Manmohan Singh und der pakistanische Präsident Pervez Musharraf in einer gemeinsamen Erklärung, dass sie den Friedensprozess fortsetzen werden. Es soll ein gemeinsames Komitee zur Bekämpfung des Terrorismus gebildet und ein gemeinsamer Antiterror-Mechanismus geschaffen werden. Seitdem organisierte die UPA-Regierung mehrere Runde-Tischgespräche, um die zerstrittenen und den Friedensprozess opponierenden nationalen Parteien, vor allem die separatistische All-Hurriyat-Konferenz, wieder an den Verhandlungstisch zu holen. Überdies wurden zur Aufrechterhaltung des Befriedigungsprozesses von beiden Regierungen zahlreiche neue Busverbindungen zwischen Pakistan und Indien eingerichtet und die jahrelang stillgelegte Eisenbahnlinie (Thar-Express) zwischen Gujarat und dem Sindh wieder ins Leben gerufen.

Allerdings ist es mittelfristig unausweichlich, dass Indien außenpolitisch im südasiatischen Raum ein größeres sicherheits- und wirtschaftspolitisches Engagement an den Tag legen wird, um aufgrund der politischen Krisen in Nepal und Bangladesh, des Bürgerkriegs in Sri Lanka und der nach wie vor ungelösten Kaschmirfrage ein Gleichgewicht in der Region zu etablieren und die Übergriffe terroristischer Gruppen aus den Nachbarstaaten zu beenden. Der zu beobachtende Befriedigungsprozess zwischen Pakistan und Indien ist eine gute Ausgangsbasis für eine solche Entwicklung und die seit 2006 gültige Freihandelszone SAFTA (South Asian Free Trade Area) der SAARC stellt einen ersten wirksamen institutionellen Rahmen für eine mögliche Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und politischen Kooperation in der Region zur Verfügung.

2.2 Die Beziehungen zu China

Der Besuch des chinesischen Staatschefs Hu Jintao im Dezember 2006 markierte den Höhepunkt im so genannten Indien-China-

Freundschaftsjahr, in dem es bereits zuvor mehr als 50 gemeinsame kulturelle, politische, wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Veranstaltungen gab. Nahezu 100 Geschäftsdelegationen reisten hin und her und im April letzten Jahres wurde als Beginn der verstärkten wirtschaftlichen Kooperation ein Abkommen über die gegenseitige Förderung und den Schutz von Investitionen initiiert. Diese Vereinbarung bietet beiden Ländern eine neue Chance für weitere gegenseitige Investitionen. Chinas Präsident nahm u.a. am chinesisch-indischen Kooperationsgipfel für Wirtschaft, Handel und Investition in Bombay teil. Dort unterschrieb er ein neues Handelsabkommen, das beiden Ländern die Nutzung ihrer wirtschaftlichen Potentiale durch engere Kooperation erleichtern soll. In den letzten drei Jahren haben beide Länder zehn solche Abkommen unterzeichnet.

Eine neue handels- und wirtschaftspolitische Grundlage für die bilateralen Beziehungen beider Länder ist damit geschaffen worden. Langfristig soll sie sich zu einer strategischen Zusammenarbeit beider Länder in Asien entwickeln. Diese angestrebte „neue“ Partnerschaft soll, laut Presseerklärung zu diesem Gipfel, die globalen Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten formen und einen wichtigen Beitrag zu Stabilität, Entwicklung und Frieden in Asien und der Welt leisten. Die Synergien in dieser wachsenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit werden die beiden Länder nach Auffassung führender Wirtschaftswissenschaftler aus verschiedenen Ländern in der nahen Zukunft ermöglichen, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten den Weltmarkt zu beherrschen – nicht zuletzt auf Kosten der Europäer, die dies durch den Rückgang ausländischer Direktinvestitionen in die EU schon deutlich zu spüren bekommen.

Im Juli letzten Jahres wurde zudem der Nathula-Pass zwischen Tibet und Sikkim für den kleinen Grenzhandel geöffnet. Dies ist geopolitisch bedeutend, da China erstmals den Status Sikkims als indischen Bundesstaat anerkennt und auf traditionelle Handelswege beim Aufbau wirtschaftlicher Beziehungen Wert legt.

Dennoch, auch im Freundschaftsjahr bleibt genügend Grund für gegenseitiges Misstrauen und Konfrontation. Seit Jahrzehnten sind die politischen Beziehungen zwischen den Nachbarn kühl und werden von politischen Unwägbarkeiten bestimmt. Indien betrachtet die traditionell guten Beziehungen Pekings zu Pakistan mit Argwohn, insbesondere deren militärischen Aspekte, etwa beim Bau von Raketen oder im atomaren Bereich. Chinas enge Beziehung und intensive militärische Zusammenarbeit mit Myanmar und die steigende Präsenz Chinas im Indischen Ozean kreisen Indien strategisch ein. Umgekehrt verfolgen die Chinesen die immer engere strategische Kooperation zwischen Delhi und Washington, die sich im Nuklearabkommen beider Staaten widerspiegelt. Ein globales Wettrennen um die Gunst der asiatischen Nachbarn für den besten Zugang und die höchste Kontrolle von natürlichen Ressourcen oder Handelswegen wie zum Beispiel im indischen Ozean findet weltweit zwischen den wirtschaftsstarken Nationen statt. Grenz- und Konsularstreitigkeiten, vor allem im Bundesstaat Arunachal Pradesh und das Gebiet um die Stadt Tawang, sorgen zwar immer wieder für Irritationen und gar Spannungen. Diese Irritationen behindern die weitere wirtschaftliche Annäherung der beiden Länder jedoch nicht.

Auffallend beim Besuch Hu Jintaos war, dass die Tibetfrage, wie bereits bei Treffen in der Vergangenheit, systematisch ignoriert und durch andere außen- und sicherheitspolitische Themen besetzt wur-

de. Es muss erwähnt werden, dass sich Indien nie politisch für die Belange der Tibeter engagiert hat, sondern den Flüchtlingen um den Dalai Lama lediglich Exil gewährte. Die immer enger werdenden indisch-chinesischen Beziehungen haben aber laut Berichten der Central Tibetan Administration (CTA, tibetische Exilregierung) im Wesentlichen nichts an der Situation der Tibeter als Flüchtlingsgemeinschaft auf indischem Boden geändert. Allerdings zeichnet sich zumindest im Verhältnis zwischen der exiltibetischen Regierung und China zunehmend die Aussicht auf einen konstruktiven friedlichen Dialog ab, was die wachsende Zahl an offiziellen Treffen zwischen Vertretern der CTA und Chinas im letzten Jahr verdeutlicht. Allerdings belasten die Flüchtlingsfrage, die kulturelle Assimilierungspolitik Chinas in Tibet und die immer noch fortwährenden Menschenrechtsverletzungen weiter das Verhältnis der CTA zu der chinesischen Regierung.

2.3 Indiens neue Beziehungen zu den USA

Nicht nur der BJP-Wahlsieg in Bihar erhöhte den innenpolitischen Druck auf die Regierungskoalition. Auch die Wahlerfolge der Kommunisten in Kerala und West Bengal und die zum Jahresende 2005 einsetzenden Querelen um die Landesregierung im südindischen Bundesstaat Karnataka, die aktuellen Interessensgegensätze zwischen Kongresspartei und einem wichtigen Koalitionspartner aus Tamil Nadu und die alles bestimmenden Koalitionsarithmetik in der indischen Parteipolitik brachten die Regierungskoalition in Zugzwang. Bisher hat die Regierung es noch geschickt verstanden, die fragile Balance zwischen Zentralregierung sowie Kongressspitze und regionalen Regierungschefs und Parteibossen aufrechtzuerhalten.

Die neue Außenpolitik Indiens ist weniger für den südasiatischen Regionalkontext konzipiert, sondern orientiert sich am globalen Politikgefüge mit dem Ziel des Aufstiegs Indiens zur Weltmacht. Die im letzten Jahr abgeschlossenen Abkommen mit den USA, Russland und China sowie das souveräne Auftreten auf dem internationalen Parkett unterstreichen eindrucksvoll diese Ambitionen.

Strategisch versucht sich Indien unter der Ägide Manmohan Singhs verstärkt an die USA anzubinden. Dabei waren die Beziehungen der beiden Länder traditionell eher schwierig und von gegenseitigem Unverständnis geprägt. Beide Länder vertraten in der Vergangenheit ziemlich unterschiedliche Ansätze hinsichtlich ihrer eigenen globalen Verantwortung. Die Gründe für die Annäherung in den letzten Jahren liegen vor allem im sicherheitspolitischen Bereich wie auch in der verbesserten wirtschaftlichen Kooperation. Indien unterstützte nach den Terrorangriffen vom 11. September 2001 bedingungslos den Kampf der USA gegen den internationalen Terrorismus, während die Vereinigten Staaten die strategische Bedeutung Indiens im internationalen Kontext erkannten und versuchten, Indien als Partner für den Aufbau einer neuen Weltordnung zu gewinnen.

Kernstück der neuen Partnerschaft wurde das Anfang März 2006 zur zivilen Nutzung von Kernkraft vom indischen Premier Manmohan Singh und seinen Staatsgästen George W. Bush und Condoleezza Rice unterzeichnete Atomabkommen (Hyde Act), das am 27. Juli 2006 im US-Repräsentantenhaus mit 359 zu 68 Stimmen deutlich bestätigt wurde. Der US Kongress wiederum stimmte nach langen Debatten im Dezember letzten Jahres dann einer Änderung der nationalen Gesetzgebung zu und segnete den Indo-US Nuclear Deal, wie das Ab-

kommen seither genannt wird, ebenfalls mehrheitlich ab, und gewährte Indien somit de facto den Status einer Nuklearmacht.

Allerdings gibt es in den Beziehungen zu den USA auch noch einige schwerwiegende Differenzen. So unterstützt die USA immer noch nicht Indiens Bemühungen um einen Sitz im Weltsicherheitsrat und verhält sich beim Thema Terrorismusbekämpfung in Bezug auf Pakistan mit einer in Indien argwöhnisch kommentierten Doppelmoral. Außer dem Nuklear-Deal unterzeichneten beide Länder neben verschiedenen Handelsverträgen aber auch ein bedeutendes Verteidigungsabkommen, das langfristig auf eine engere militärische Kooperation abzielt. Seitdem halten beide Staaten gemeinsame Militärmanöver ab und die Vereinigten Staaten haben dem indischen Militär die Türen für den Erwerb von modernsten Waffen und Militärausrüstung geöffnet. Zudem wollen die beiden Staaten künftig verstärkt beim Austausch von Militärtechnologie, bei der Produktion von Waffen sowie der Raketenabwehr zusammenarbeiten. Im Juli dieses Jahres verhandelte der indische Sicherheitsberater Narayanan erfolgreich in Washington mit dem Pentagon über den Antrag Indiens, seine Luftwaffe mit 126 in den USA angefertigten Kampfflugzeugen im Wert von zehn Milliarden Dollar auszustatten.

Auch im Bereich Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung gibt es in Form einer im Jahr 2002 vereinbarten Kooperation zwischen Indien und den USA eine enge technische Zusammenarbeit zwischen dem Ministry of Environment and Forests (MOEF) und der Environmental Protection Agency (EPA) der USA. Ende letzten Jahres wurde dieses MoU der beiden Organisationen um die Bereiche Klimaschutz und internationale Klimapolitik erweitert. Das Memorandum sieht ein System für Politik und technische Zusammenarbeit zwischen der EPA und dem MOEF vor.

Während die europäische Außenpolitik und die ihrer Mitgliedsländer gegenüber Indien dessen Aufstieg zur globalen Großmacht noch kaum reflektiert, haben die Vereinigten Staaten die Entwicklung inzwischen ins Zentrum ihrer strategischen Planungen für Asien gestellt. Die Bemühungen der Bush-Administration ist Teil einer neuen amerikanischen Außenpolitik, die versucht, die Ungleichgewichte auf dem asiatischen Kontinent mit Hilfe eines politisch aufgewerteten und starken Indiens auszugleichen, um so Chinas Macht ein politisches und militärisches Gegengewicht entgegenzustellen.

Auf der anderen Seite stellt die Annäherung Indiens an die USA einen starken außenpolitischen Kurswechsel dar, da Indien sich mit dieser Entscheidung von dem historischen politischen Paradigma der Blockfreiheit verabschiedet und sich strategisch an die einzig verbliebene Supermacht anbindet.

2.4 Der Indo-US Nuclear Deal und seine Auswirkungen

Als Höhepunkt der neuen Beziehungen zwischen den USA und Indien wurde von US-Präsident George W. Bush und Indiens Premierminister Manmohan Singh der „Henry Hyde United States-India Peaceful Atomic Energy Cooperation Act“ unterzeichnet. Dieser sorgte weltweit für einige Aufregung, da die Vereinigten Staaten Indien eine Sonderstellung innerhalb des für die Nutzung von Atomenergie etablierten internationalen Nuklearregimes einräumen. Die-

ses Gesetz, das auch als Indo-US Nuclear Deal bezeichnet wird, sieht die Einbeziehung Indiens in das internationale zivile Nuklearregime trotz Nichtunterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommen („Non-Proliferation Treaty“) und der Nichtzugehörigkeit zur Nuclear Supplier Group vor.

Damit das Abkommen auch in den USA rechtskräftig wird, muss die US Regierung noch das im Juli 2007 unterzeichnete 123 Agreement, das die genauen Bedingungen und technischen Konditionen wie z.B. die Wiederaufbereitung von Brennstoffen, Liefersicherheiten für Nuklearbrennstoff, etc. festlegt, ratifizieren. Das Abkommen muss ebenso noch vom indischen Parlament gebilligt werden. Zudem ist erforderlich, dass die Nuclear Supplier Group, eine Gruppe von derzeit 45 Staaten zur Umsetzung gemeinsamer Richtlinien für den Export nuklearen Brennstoffes, diesem Deal zustimmt. Damit würde die internationale Isolation Indiens beendet werden, die seit dem Atombombentest 1974 besteht und insbesondere durch Liefersanktionen in Reaktion auf die indische Nuklearwaffentestserie 1998 verschärft wurde.

Das Abkommen wird in Indien mit gemischten Gefühlen aufgenommen und von der Weltgemeinschaft mit viel Skepsis betrachtet. Durch dieses Abkommen wird die Ablehnung der Nuklearambitionen von Ländern wie Nordkorea und dem Iran untergraben. Die globalen nuklearen Abrüstungsbemühungen werden ad absurdum geführt. Zudem wird international befürchtet, dass durch die Vereinbarung internationale atomare Sicherheitsstandards und -normen erheblichen Schaden erleiden werden. Dies wird zurückgeführt darauf, dass die USA Indiens Atomwaffenprogramm offiziell anerkannt haben und gleichzeitig die Möglichkeiten für Indien geschaffen wurden, das eigene nukleare Arsenal weiter auszubauen. Die geringen Uranvorkommen bzw. deren minderwertige Qualität hat bislang das indische Atomwaffenpotential eingeschränkt. Nach dem Fall der Handelsbarrieren der Nuclear Suppliers Group würden aber Lieferungen von Nuklearbrennstoffen aus den USA und anderen Ländern möglich sein und das indische Department of Atomic Energy kann frei entscheiden, ob sie die einheimischen begrenzten Uranvorkommen nun für die Erzeugung von Atomenergie nutzt oder für das Atomwaffenprogramm.

Bislang wurde im 123 Agreement festgelegt, dass vierzehn indische Atomkraftwerke bis 2014 den Kontrollen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zugänglich gemacht werden müssen. Indien streitet allerdings dafür, dass acht Reaktoren und vor allem seine Schnellen Brüter, in denen atomwaffenfähiges Plutonium behandelt und erzeugt werden kann, von dem internationalen Kontrollreglement ausgenommen wird. Das 123 Agreement enthält zudem keine Klausel, die die Anhäufung von spaltbarem Material beschränkt.

Renommierte indische Nuklear-Wissenschaftler, oppositionelle Politiker, vor allem linksgerichteter Parteien, und verschiedene Politikanalytiker in Indien befürchten allerdings durch die Unterzeichnung des Abkommens einen außenpolitischen Ausverkauf Indiens. Außerdem könnte ein nukleares Wettrüsten in der Region, vor allem zwischen Indien und China, ausgelöst werden. Es könnte zu einer

strategischen Abhängigkeit von den USA kommen, was langfristig die Beziehungen zu den Nichtatomländern in der Region belasten würde.

Zahlreiche internationale Atomkraftgegner sehen den Deal als gefährliches Signal. Durch diese Vereinbarung würde ein Präzedenzfall geschaffen, der es ermöglicht, dass weltweit neue Optionen für eine unkontrollierte Weiterverbreitung von Atomwaffen sondiert werden. Zudem kann befürchtet werden, dass sich die Region zu einem atomaren Pulverfass entwickelt, da China im letzten Jahr verstärkt den Aufbau der Atomarsenale in Pakistan unterstützt und angekündigt hat, in den nächsten Jahren sechs 300-Megawatt-Atomreaktoren an Pakistan zu liefern.

3. Wirtschaftspolitik

3.1 Der andauernde Wirtschaftsboom

2006 war Indien sowohl Schwerpunktland auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, der Hannovermesse, der Biennale in Bonn sowie auf der Frankfurter Buchmesse. Dieses verstärkte Interesse an Indien spiegelt sich allerdings am meisten in der Wirtschaft wider. Zahlreiche Wirtschaftsvertreter aus aller Welt bereisen mittlerweile regelmäßig das Land und hofieren indische Unternehmen, um an dem im globalen Vergleich überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum teilzuhaben. Zahlreiche deutsche Firmen wie SAP, Bosch, Heidelberg Zement, Allianz, etc. investieren erheblich, um ebenfalls von diesem andauernden Boom zu profitieren.

Der seit 1991 eingeleitete Liberalisierungsprozess und die fortschreitende Deregulierung und Privatisierung haben dafür gesorgt, dass die indische Wirtschaft kontinuierlich um zuletzt mehr als 8 % gewachsen ist. Die Sparrate stieg 2006 auf 29 %, die Inflation lag bei moderaten 4 %, die Auslandsdirektinvestitionen stiegen auf 12 Milliarden US\$ in 2006. Die indische Börse Sensex boomte entsprechend und wuchs von 9.500 Punkten Anfang 2006 auf ein historisches Hoch von 14.000 im Dezember desselben Jahres an. Die britische Zeitschrift The Economist verkündete die Gefahr einer bevorstehenden Überhitzung der indischen Wirtschaft. Dies bestätigte sich allerdings Anfang 2007 nicht. Die Wachstumsraten stiegen abermals

Dennoch darf der weitere Aufstieg Indiens zur Weltwirtschaftsmacht hinterfragt werden, denn Defizite im Bereich der physischen Infrastruktur, die große strukturelle und ethnische Heterogenität des Landes und die drohende Rohstoff- bzw. Energieknappheit stehen dem entgegen. Die Funktionsdefizite der indischen Demokratie und ihrer Institutionen blockieren die Entwicklung des Landes. Der Vielvölkerstaat birgt viele ungelöste Probleme in sich. Starre Hierarchien und traditionell gewalttätig verhandelte Konflikte führen zur Stagnation in der sozio-ökonomischen Entwicklung

Der wirtschaftliche Aufstieg Indiens und der überall propagierte demokratische Vorteil gegenüber dem anderen großen Wachstumsland und Nachbarn China ist von extremer soziokultureller Heterogenität und einer komplizierten und teils ineffizienten politischen Infrastruktur belastet. Folglich werden die vielen schwer überwindbaren bzw. inhärenten Entwicklungsproblematiken des Landes die wirtschaftliche Entwicklung mittelfristig verlangsamen, da keine Anzeichen ei-

ner kontinuierlichen Politikgestaltung und Inangriffnahme und Implementierung eines notwendigen sozial-politischen und administrativen Strukturwandels zu erkennen sind.

Parallel dazu, ist angesichts deutlicher regionaler Diskrepanzen die wachsende Kluft zwischen städtischem Wohlstand und vorwiegend ländlicher Armut, die Gefahr wachsender sozialer Spannungen und gesellschaftlicher Fragmentierungsprozesse groß. Die Zunahme nationalistischer Gewalt im letzten Jahr, vornehmlich in den ökonomisch und gesellschaftlich rückständigsten Bundesstaaten Chattisgarh, Jharkand oder Bihar kann als erstes Anzeichen dieser Entwicklungen gesehen werden und wurde von PM Manmohan Singh in einer Rede als die größte Bedrohung des Landes nach der Unabhängigkeit bezeichnet.

Zudem wird immer deutlicher, dass es dem Land im internationalen Vergleich an angemessener administrativer und juristischer Organisationsführung fehlt. Korruption, Mangel an Rechtsstaatlichkeit sowie Ineffizienz des Rechts- und Beamtenwesens bestimmen den politischen und wirtschaftlichen Alltag des Landes. Die seit langem erforderlichen institutionellen und die effiziente Steuerung der Behörden betreffenden Reformen werden aufgrund der leistungsschwachen und oft blockierenden Bürokratie politisch behindert, da alle Anspruchsgruppen in der Verwaltung bislang erfolgreich versuchen, ihre Vergünstigungen und Machtpositionen im gegenwärtigen politisch-administrativen System zu bewahren.

Allen behördlichen und juristischen Hindernissen zum Trotz werden die unternehmerischen Fähigkeiten der Firmen und individueller Geschäftsleute, die immer besser ausgebaute globale Vernetzung und internationale Zusammenarbeit indischer Konzerne, die niedrige Rate an überfälligen Krediten sowie das inzwischen reichlich im Lande zur Verfügung stehende Finanz- und Humankapital und die stetig steigenden Direktinvestitionen aus dem Ausland das Wirtschaftswachstum weiter fort dauern lassen, wenn auch perspektivisch die hohen Wachstumsraten nicht aufrecht erhalten werden können.

3.2 Globales wirtschaftliches Engagement

Als aufstrebende Weltwirtschaftsmacht positioniert sich Indien zurzeit völlig neu, beteiligt sich aktiv in den internationalen Verhandlungen und öffnet sich nach jahrelanger wirtschaftlicher Isolation immer mehr der Welt, um den oben beschriebenen Wirtschaftsboom aufrechtzuerhalten.

Während sich Indien in der Vergangenheit sehr bei der Unterzeichnung von Freihandelsabkommen zurückhielt, wurden im letzten Jahr zahlreiche Schritte eingeleitet, dies in naher Zukunft zu ändern. Zum Beispiel enthält der 2006 entworfene India- EU Joint Action Plan zahlreiche wirtschafts- und handelspolitische Komponenten und zielt unter anderem auch besonders auf eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technologie ab. Dieser Bereich ist auch für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland von größter Bedeutung und wurde bei dem Besuch Manmohan Singhs auf der Hannovermesse 2006 nochmals hervorhoben.

Aufbauend auf den EU-India Joint Action Plan begannen beide Seiten im Juni diesen Jahres mit den Verhandlungen zu einem an-

spruchsvollen und umfassenden bilateralen Handels- und Investitionsabkommen, das über den Zeitraum von zwei Jahren realisiert werden soll. Während die EU vor allem einen besseren Zugang zu den günstigen Dienstleistungen in Indien sucht und europäische Unternehmen sich zukünftig vermehrt am Aufbau bzw. an Investitionen in eine bessere Infrastruktur in Indien beteiligen wollen, liegt das Interesse Indiens vor allem an einer Steigerung seines Exports von Textilien, sowie seiner Dienstleistungen.

Neben der wirtschaftlichen Kooperation mit der EU bemüht sich Indien, das zusammen mit Brasilien und Südafrika die IBSA-Gruppe der wichtigsten Wirtschaftsmächte in ihren Regionen bildet, durch den Ausbau der trilateralen Beziehungen um eine Vorreiterrolle bei der Süd-Süd-Kooperation. Sie hat das Ziel, ein politisches und ökonomisches Gegengewicht zu den mächtigen Industrienationen des Nordens zu schaffen. Im September 2006 trafen sich die Regierungschefs Südafrikas, Indiens und Brasiliens und erörterten eine engere Zusammenarbeit und den Aufbau einer möglichen gemeinsamen Freihandelszone. Sie soll nicht nur die drei Verhandlungspartner miteinander verbinden, sondern auch Auswirkungen auf die Wirtschaftsblöcke (SAARC, MERCOSUR, SACU) haben, denen sie angehören.

Handelspolitisch versucht sich Indien schon seit geraumer Zeit verstärkt an ASEAN bzw. an die Staaten Ost- und Südostasiens anzubinden, was allerdings vor dem Hintergrund der bereits Mitte der 90er Jahre formulierten ‚Look East Policy‘ ein fortwährender Trend ist, der durch PM Manmohan Singhs Teilnahme am diesjährigen ASEAN Summit in Cebu auf den Philippinen und der Unterzeichnung des „Comprehensive Economic Partnership Agreement“ nochmals intensiviert wurde.

Allgemein ist es signifikant, dass sich Indien zurzeit äußerst aktiv als kommende Weltwirtschaftsmacht an den internationalen Verhandlungen beteiligt und sich nach jahrelanger wirtschaftlicher Isolation in allen ökonomischen Bereichen immer mehr der Welt öffnet. Dennoch bleibt es zu bezweifeln, ob die Mehrheit der Inder von diesem globalen ökonomischen Engagement profitieren wird, da ein Trickle-down Effekt bislang auch kaum durch den 1991 eingeleiteten ökonomischen Reformkurs sichtbar ist. Ohne massive Bildungs-, Gesundheits- und Lebensmittelsubventionen bleiben nicht nur die Armen die Verlierer des wirtschaftlichen Aufstiegs und der angestrebten internationalen Handelsabkommen, sondern werden auch Gewalt, Konflikte und politischer bzw. religiöser Extremismus weiterhin landesweit auf der Tagesordnung stehen und sich verstärken

4. Ausblick

Der Stabilität der gegenwärtigen UPA-Regierung, die in Grundzügen funktionierende Gewaltenteilung sowie das Greifen wirtschafts- und handelspolitischer Maßnahmen, die das hohe Wirtschaftswachstum des letzten Jahrzehnts aufrecht erhielten, haben die demokratischen Institutionen in Indien relativ gefestigt. Mit der Implementierung des Right to Information Act 2006 wurden auch Fortschritte hinsichtlich der Förderung einer partizipativen Demokratie erzielt und ein neues, effektives Instrument zur Stärkung staatlicher, gesell-

schaftlicher und institutioneller Transparenz und Verantwortlichkeit geschaffen, das vor allem von zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und Organisationen zunehmend genutzt wird, um zuvor nicht zugängliche Unterlagen des Staatsapparats abzurufen und die Ineffizienz und Korruption des Beamtenapparats herauszufordern.

Dennoch bestehen immer noch erhebliche Defizite in der indischen Demokratie, vor allem in den Bereichen Föderalismus (Zusammenspiel Bundesstaat – Zentralregierung), Rechtsstaatlichkeit (Korruption) und soziale und ökonomische Teilhabe (Marginalisierung weiter Bevölkerungsschichten).

Durch Indiens rasanten wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Aufstieg resultieren sowohl neue Chancen für die Bevölkerung, aber ebenso erhebliche Nachteile und neue Risiken sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum. Gerade die sozialen und ökologischen Folgen, die sich in zunehmender Umweltbelastung, nur partiell vorhandenen Umweltstandards, einer ungehemmten Megapolisierung und der verheerenden Ausbeutung von natürlichen Ressourcen zeigen, sind ein bisher weitestgehend vernachlässigter Bereich staatlicher Politikgestaltung. Aber auch in sozialer Hinsicht wird immer deutlicher, dass sich der globale Wettbewerb auf Kosten von Arbeitnehmerrechten und Arbeitsbedingungen vollzieht und zu Exklusionsprozessen in den lokalen Märkten führt. Neben der Lösung sozialer Probleme wird in Zukunft wohl keine andere Problematik so deutlich mit dem Aufstieg Indiens zur wirtschaftlichen und politischen Großmacht verknüpft sein wie die Frage nach den Auswirkungen ungehemmter Liberalisierung auf die Umweltbedingungen und die Herausforderung, Energiesicherheit für eine Fortschreibung des wirtschaftlichen Wachstums zu gewährleisten bzw. eine angemessene inländische Klimapolitik zu gestalten.

Der ungeheure Hunger nach Rohstoffen führt mittlerweile auch oft dazu, dass nationale Gesetze und selbst die Verfassung übergangen werden. Dies geschah zum Beispiel beim Abbau von Bauxit in einer Mine in den Niyamgiri Hills, Orissa. Es wurde bekannt, dass das Privatunternehmen Vedanta Alumina Ltd ohne Genehmigung der Behörden unberührte und geschützte Waldflächen abholzte und in durch die Verfassung ausgewiesenes und geschütztes Stammesland (Schedule V Area) eindrang, um die dort vorhandenen Rohstoffe abzubauen.

Umwelt- wie auch Sozialpolitik nimmt nach wie vor nur einen marginalen Stellenwert in der Prioritätensetzung der Regierung ein. An diesem Umstand hat sich auch im letzten Jahr wenig geändert. Dementsprechend wird in Zukunft viel von der Beteiligung und Hinwendung der Zivilgesellschaft, vor allem von NGOs, aber auch der Medien und der intellektuellen Eliten an die relevanten sozial- und umweltpolitischen Themen abhängen, um genügend Aufmerksamkeit und eine solide Anwaltschaft für die teils katastrophale Situation im Umwelt- und Sozialbereich zu erzeugen und eine fruchtbare Gegenbewegung zu entwickeln, die graduell zu einem neuen gesellschaftlichen Umweltbewusstsein bzw. sozialem Gewissen und dem damit einhergehenden politischen Umdenken führt.